Danziger Dampfboot.

№ 6.

Freitag, den 8. Januar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1864.

35ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Illgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 7. Januar. Bei der heute beendigten Ziehung der 1. Klasse 129. Königlicher Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 3000 Thlr. auf Nr. 54,802. 3 Gewinne zu 500 Thlr. fielen auf Nr. 28,540. 29,064 und 74,912 und 3 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 30,041. 74,773 und 75,747.

Telegraphische Depeschen.

Marienburg, 8. Januar 2 Uhr Nachm. So eben ist die erste Abgeordneten-Wahl abgehalten und in derselben Herr Regierungs- und Schulrath Dr. Wantrup mit noch bedeutenderer Majorität als früher wieder gewählt worden. Die Wiederwahl des Kreisgerichts-Rath Nomahn ist unzweifelhaft.

Von der polnischen Grenze, Donnerstag 7. Jan. Nach Berichten aus Warschau vom gestrigen Tage verlautete daselbst gerüchtsweise, daß der Civil-Gouverneur Geheimrath Laszczynski seines Postens enthoben und durch den General Roznow ersetzt werden solle.

— Die Kassen der Finanzkommission sind am 4. d. M. nach der Citadelle übertragen worden.

Hamburg, Mittwoch 6. Januar.
Die Bürgerschaft hat in ihrer heutigen Sitzung fast einstimmig den Antrag angenommen, dem Senate gegenüber die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, der Senat werde am Bunde bei der Abstimmung über die schleswig-holsteinsche Erbfolge seine Stimme für das Recht des Herzogs Friedrich abgeben.

— Aus Rendsburg wird mitgetheilt, daß die Bundestruppen dem Kronwerke gegenüber Schanzen aufwerfen.

Hamburg, Donnerstag 7. Januar.
Die „Hamburger Nachrichten“ enthalten folgende Korrespondenzen:

Kiel, den 6. Aus der einzigen noch fehlenden Stadt Holsteins, aus Heiligenhafen, traf heute eine Huldigungs-Deputation bei dem Herzoge ein; außerdem viele Deputationen von Landdistrikten.

Rendsburg, den 6. Ein dänischer Parlamentär verlangte gestern die Entfernung der schleswig-holsteinschen Fahne von der Schleusenbrücke; da die Execution sich nur auf Holstein erstrecke, so sei die Entfaltung der Fahne eine sträfliche Provocation. Die Forderung wurde diesseits zurückgewiesen. Die dänischen Behörden haben heute von den sechs Eiderdörfern die Mitte des Monats fälligen Steuern verlangt.

Altona, Donnerstag 7. Januar.
Der „Altonaer Mercur“ schreibt: Nächster Tage werden preußische Truppen hier eintreffen. Friedericia wird befestigt.

— Wie aus Rendsburg vom 5. gemeldet wird, haben die Bundes-Commissare die Dänen aufgefordert, die Räumung der sechs nördlich von der Eider belegenen holsteinischen Dörfer am 7. Januar vorzunehmen. Die Bundes-Kavallerie ist nach Flemming verlegt worden.

Dresden, Donnerstag 7. Januar.
Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Kommissionsanträge in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit einstimmig angenommen, mit dem Zusatze, daß in der Erbfolge die verfassungsmäßigen Stände der betheiligten Länder, sobald als thunlich, gefragt werden möchten.

Paris, Donnerstag 7. Januar.
Nach der „Patrie“ hat die Polizei 4 Italiener verhaftet. Man fand bei denselben Schießpulver, vier Dolche, 4 Revolvers, 4 Rohrstöcke mit Schußwaffen, 8 Orsinische Bomben und sodann einen Brief, welcher die Verhafteten und den Unterzeichner kompromittirt. 3 der Italiener heißen Trabuco, Grocco und Imperatori; der Name des vierten ist unbekannt.

Wir freuen uns, daß ein bewährtes Organ der liberalen Partei in Berlin, die „Spenersche Ztg.“, vollständig unsere Ansichten über die Schleswig-Holsteinsche Frage theilt. Wir drucken deshalb nachfolgend den Leitartikel dieses Blattes vom 6. Jan. ab, welcher folgendermaßen lautet:

Deutschland seit dem November.

Die schleswig-holsteinische Angelegenheit hat Deutschland in eine ihm ungewohnte Lage versetzt. Das ganze deutsche Volk ist in die größte Spannung gerathen, es ist ein greifbares nationales Interesse, welches Jung und Alt begeistert. Die Schmach, mit der wir 1850—52 von einer kühn begonnenen Sache, in der Deutschlands Waffen ihre alte Tapferkeit und Unternehmungslust bewährten, zurücktraten, sobald wir wieder auf das diplomatische Feld geriethen, brennt auf unserer Seele. Wir wollen, wir müssen sie auslöschen. Selbst die alte, verrostete Bundesmaschinerie geräth in ganz ungewohnte Bewegung und droht das Schwert und das Schild Deutschlands, Preußen und Oesterreich, durch kühne Beschlüsse zu überholen. Es ist wirklich eine andere Zeit angebrochen. Welchen Respect hatten wir guten Deutschen sonst vor den zürnenden Augenbrauen des Lord Palmerston und mit welchem neugierigen Verlangen erkundigten wir uns nach den Neujahrs-Begrüßungen des großen Machthabers in den Tuilerien. Wie buchstabirten wir die Parlamentsreden des braven Russell und die Thron- und Neujahrsreden des klugen Napoleon! Aber in der Stimmung, in der wir heute sind, fragen wir wenig nach den jüngsten Noten des Grafen Russell und nach der Neujahrsrede Napoleons. Wir haben einmal so einen kleinen Vorgeschmack von dem Gefühl, das ein Volk hat, welches in seinen Bestrebungen einig und zur That, zu allen Opfern entschlossen ist, um nur seinem Gesetz, nicht fremdem Gesetz zu gehorchen, entschlossen das zu thun und durchzusetzen, was unsrer Ehre und unseren Interessen entspricht.

Die Staatsmänner Preußens und Oesterreichs, namentlich Oesterreichs, das uns um des lieben Friedens willen herzlich gern schon lange zur Anerkennung Christian's IX. gebracht hätte, sehen mit Verwunderung darein; die Staatsmänner Preußens wissen nicht, ob sie der großen Bewegung vertrauen dürfen; sie mögen die Hand Oesterreichs nicht fallen lassen, und wir haben nichts dawider, mögen sie es so weit mit fortziehn, als es irgend angeht. Aber der Anhang der leitenden Staatsmänner Preußens, der vielleicht auf ihre Entschließungen manchen Einfluß hat, nennt die große Bewegung, die Deutschland ergriffen, Revolution und sagt, die Regierungen der Mittelstaaten können sich dem Druck nicht entziehn, den die demagogischen Bestrebungen auf sie ausüben. Das ist ein Irrthum. Wir haben ja diese Regierungen in den letzten Jahren stark genug gesehn, um sich einer unitarischen Bewegung zu erwehren. Wenn heute diese sehr vorsichtigen, sehr conservativen Regierungen einer Bewegung nachgeben, ja, sich an deren Spitze stellen, wenn sie in fast öffentlichem Gegensatz gegen Oesterreich, in dem sie ihren Hort erblickten, Deutschland zur Action drängen, ist das etwa Freude an der Revolution, Freude an Agitationen, denen sie schließlich selbst erliegen müßten, oder ist es nicht vielmehr die Einsicht, daß der Moment gekommen ist, wo sich Deutschland als active, als ihrer Ehre und ihrer Interessen tief und entschlossen bewußte Macht beweisen muß, wenn sie nicht ausgelöscht sein will unter den entscheidenden Nationen Europas?

Ja, das deutsche Volk und die deutschen Fürsten sind andre geworden seit dem November v. J. Die deutschen Fürsten, und Preußens König voran, haben ein lebhaftes Gefühl von dem, worum es sich in diesem großen Augenblick handelt. Die Abgeordneten des Volkes, in allen deutschen Ländern zur Bewilligung der Mittel bereit, versagen sie in Preußen, aber nur, weil sie noch nicht klar sehen, wohin man uns führt. Können aber jetzt noch unsere Staatsmänner den Weg verfehlen? Es giebt jetzt nur Einen Weg, der Nation zu genügen; es ist der Weg, der den Ansprüchen gerecht wird, die Schmach von uns zu nehmen, die uns seit 1850 drückt, durch unsre Kraft wieder gut zu machen, was 1850 die Diplomatie verdorben. Preußen kann jetzt nur mit Deutschland, und an Deutschlands Spitze gehn, und sollte sich glücklich schätzen, daß das norddeutsche Interesse von Schleswig-Holstein so tief, so lebendig ergriffen wird bis hinunter zu den Alpen und zum Schwarzwald! O wie glücklich hätte sich Oesterreich geschätzt, wenn es bei seinen Kämpfen in der Lombardei die Sympathieen im deutschen Norden gefunden hätte, wie heute der deutsche Norden im deutschen Süden für die bevorstehenden Kämpfe in Schleswig! Warum achtet man nicht auf diesen merkwürdigen Unterschied zwischen 1859 und jetzt? Damals konnten die Mittelstaaten für Oesterreich nichts durchsetzen, weil der deutsche Norden den in Italien zu verfechtenden Interessen Deutschlands kaltsinnig und unschlüssig gegenüberstand, und heute sollten wir die lebendigsten Sympathieen Süd- und Mitteldeutschlands für den bevorstehenden Kampf in Schleswig als „revolutionäre“ Bestrebungen von uns fern halten? Wer könnte eine solche Politik gutheißen?

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

23. Sitzung, Dienstag, den 5. Januar.
(Schluß.)

Es folgt der Bericht der Budgetkommission über den Etat des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. — Berichterstatter Abgg. Rohden und Schmidt (Randow).

Die erste Debatte erhebt sich bei dem Antrage der Kommission: „die Besoldung von 500 Thlrn. für ein drittes geistliches Mitglied des Oberkirchenraths und die Besoldung von 1200 Thlrn. für einen zweiten expedirenden Sekretär und Kalkulator derselben Behörde abzusetzen.“

Der Antrag der Kommission wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Zu dem Antrage der Kommission: „die Besoldung von 1500 Thlr. für eine neue Schulrathsstelle in Koblenz abzusetzen, nimmt das Wort Abg. Schulz (Borken): Die Kommission habe den Antrag allein dadurch motivirt, daß nach ihrer Ansicht an die Arbeitskräfte der beiden Schulräthe des Schulkollegiums zu Koblenz verhältnißmäßig nicht viel größere Anforderungen gemacht werden, als in anderen Provinzen. Die Regierung habe die entgegengesetzte Ansicht aufgestellt. Er hege nach den obwaltenden Verhältnissen das Vertrauen, daß die neue Stelle eine katholische sein werde.

Referent Abg. Schmidt (Randow) tritt den Ausführungen des Abg. Schulz entgegen, indem er auf die vorjährigen Verhandlungen zurückgeht und befürwortet den Kommissionsantrag; derselbe wird mit großer Majorität angenommen.

Zu dem Antrage: „den Staatszuschuß von 5400 Thlr. für die Ritter-Akademie in Brandenburg abzusetzen", nimmt das Wort zunächst der Kultusminister v. Mühler um anzuführen, daß der Besuch der Ritter-Akademie seit der letzten Verhandlung sich bedeutend gesteigert habe und jetzt 86 Schüler in der Anstalt wären; auch sei die Exklusivität nicht mehr vorhanden, die man ihr früher vorgeworfen.

Abg. Graf Schwerin stellt in Abrede, daß dies der Fall sei, da die Ritter-Akademie aufgehoben gewesen sei; er habe deren Wiederherstellung bedauert, da die ihr zu Grunde liegenden Tendenzen nicht verkannt werden könnten. Er stimme gegen den Zuschuß. — Nach einer Rekapitulation des Referenten Abg. Schmidt (Randow) wird auch dieser Antrag der Kommission gegen den alleinigen Widerspruch der Konservativen angenommen.

Bei den einmaligen außerordentlichen Ausgaben: „Bau von Gymnasialgebäuden", ergreift Abg. v. Thokarski das Wort, um das Ministerium daran zu erinnern, daß dasselbe an den Bau des Gymnasiums zu Neustadt in Westpreußen gar nicht gedacht habe. Das Gymnasium (es ist im Jahre 1859 gegründet) habe großen Aufschwung genommen; es besitze aber kein Gebäude und die Kinder (auch die des Redners) würden in Viehställen untergebracht, wo ansteckende Augenkrankheiten ausgebrochen seien (oh! oh!) Das seien Thatsachen; die Lokalitäten beständen aus einer früheren Ackerbürgerwohnung aus Viehställen und aus einem früheren Armee-Lazareth. Er könnte Vieles anführen, aber der Anstand verbiete es ihm (Heiterkeit). Er begreife nicht, wie man darüber lachen könne. Auch die Lehrer seien nur sehr kärglich besoldet.

Regierungs-Kommissar: Die Anstalt sei 1859 gegründet und habe schnelle Entwickelung erfahren. Die vorhandenen Räume reichten nicht aus und es sei der Neubau bereits vorbereitet. Die Regierung verdiene in diesem Falle eher ein Lob, als einen Tadel; denn sie habe sich dieser Sache mit besonderer Liebe angenommen (Heiterkeit).

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung des I. Berichts der Petitions-Kommission. Der Rektor Morkus zu Gumbinnen beschwert sich, daß er in Folge der ihm durch ein Reskript des Kultus-Ministeriums kategorisch gestellten Alternative entweder die Redaktion des von ihm redigirten „Bürger- und Bauernfreundes" niederzulegen oder die Entziehung der Konzession zur Leitung der von ihm gehaltenen höheren Privat-Töchterschule zu gewärtigen, gezwungen gewesen sei, die Redaktion niederzulegen. Petent beantragt 1) „ein hohes Haus der Abgeordneten wolle seine Sache verfechten und dahin wirken, daß ihm das von dem königl. Ministerium entzogene Recht, neben seiner Stellung als Vorstand einer Privat-Töchterschule eine Redaktion führen zu dürfen, welches ihm nach §. 22 des Preßgesetzes ohne höhere Genehmigung weil er weder unmittelbarer noch mittelbarer Beamter sei, zustehe, wieder zurückgegeben werde, ohne daß er die Entziehung der ihm verliehenen Konzession als Schulvorstand zu befürchten habe, zumal er durch das gegen ihn beliebte Verfahren wesentlich in seinen Erwerbsquellen beeinträchtigt sei, und 2) ein hohes Haus wolle dem Art. 109 der Verfassung der Kabinets-Ordre vom 10. Mai 1834 gegenüber die ihm endlich einmal gebührende Geltung verschaffen und die Aufhebung derselben bewirken". Die Kommission beantragt: „die vorliegende Petition der königl. Staatsregierung zur Berücksichtignng des ersten Antrages des Petenten zu überweisen, den zweiten Antrag desselben aber durch diese aus der bereits durch Art. 109 der Verfassung erfolgten Aufhebung der Kabinets-Ordre vom 10. Juni 1834 motivirte Ueberweisung für erledigt zu erachten."

Abg. Schulz (Borken) stellt den Antrag: über die Petition zur Tages-Ordnung überzugehen.

Kultusminister v. Mühler: Der Erzieher der Jugend müsse Achtung vor der Obrigkeit und den Gesetzen haben; gegen beides habe der Petent verstoßen. Diese Pflicht aber trete auf keinem Gebiete stärker hervor, als auf dem Gebiete des Unterrichts. Die Regierung sei gegen den Petenten auch nicht sofort eingeschritten, sondern sie habe ihm die Wahl gelassen, sich seinem eigentlichen Wirkungskreise, dem Unterrichte allein wieder zuzuwenden, oder auf denselben zu verzichten und als Redakteur wirken zu können. Er bitte das Haus diesen Standpunkt anzuerkennen und den Kommissionsantrag abzulehnen.

Abg. Frenzel: Die Art. 22, 26 und 112 der Verfassungs-Urkunde seien so klar und bestimmt, daß, wer nicht begreifen könne, daß dadurch die Kabinetsordre vom 10. Juni 1834 aufgehoben sei, nicht logisch denken könne oder wolle. Der Rektor Markus sei gewissermaßen Gewerbtreibender, Schulmann und Redakteur, er habe abgewogen, da hier oft Macht vor Recht gehe, welche Einnahme er aufopfern müsse, die Redaktion trug ihm weniger ein, also gab er diese auf. Seine politische Ueberzeugung habe er nicht geändert. Der Minister könne die Aufsicht über die Markussche Töchterschule getrost dem Gumbinner Publikum selbst überlassen; was dort zu den höheren Ständen gehöre, das seien ausschließlich Beamte. Die politische Ueberzeugung des Rektors Markus habe bei denselben keinen Anstoß erregt; hätte sie das, so wäre seine Schule längst eingegangen; die Beamten der Gumbinner Regierung seien schwerlich vom demokratischen Gifte infizirt.

Abg. Richter: Wenn man die Thatsachen im richtigen Lichte betrachte, so ergebe sich, daß gegen den Rektor Markus als Schulhalter durchaus nichts vorliege, wie auch die Regierung ausdrücklich dadurch anerkenne, daß sie ihm die Konzession nicht genommen habe. Darin liege die Anerkennung, daß sittliche Tüchtigkeit möglich sei, auch wenn die politische Gesinnung nicht mit den Regierungsansichten sympathisire. Wenn der Regierungs-Kommissar in der Kommission von dem Redakteur eines „hochdemokratischen" Blattes geredet habe, so gemahne ihn das Wort an das „Hochgeboren" und Aehnliches, und er wolle glauben, daß damit nichts weiter gesagt sein solle, als: das Blatt werde auf eine noble, hochgeborne Weise redigirt (Heiterkeit). Uebrigens sei der dortige Regierungs-Präsident, welcher das Blatt zweimal verwarnt habe, der beste Censor, und dieser erkenne ausdrücklich in seiner ersten Verwarnung die „gemäßigte Haltung" desselben an; nur weil das Blatt einen Beschluß der Berliner Stadtverordneten und die Resolution einer Urwählerversammlung in Königsberg mitgetheilt — sei die erste Verwarnung erfolgt. Die zweite sei motivirt durch die Angabe, daß das Blatt sich „Aufreizung zu Haß und Verachtung" habe zu Schulden kommen lassen; er müsse hierbei unwillkürlich an einen gewissen Schulrath denken, der noch jüngst in diesem Hause gesessen, der in jenem Fache der „Aufreizung ꝛc." das Höchste geleistet, das man sich denken könne, und den darum noch Niemand seiner Schulrathsstelle habe entsetzen mögen. (Sehr wahr! Bravo!) Wenn man so gern auf das frühere Jahrhundert zurückblicke mit der Behauptung, es müsse hier oder da beim Alten bleiben, so möchte er das Kultusministerium bitten, doch nicht immer retrospektiv zu verfahren, sondern endlich einmal auch an die Zukunft zu denken. (Heiterkeit.)

Der Berichterstatter Abg. Bassenge (Lüben) befürwortet unter Hinweis auf die Ausführungen des Abg. Richter den Commissionsantrag.

Kultusminister v. Mühler bemerkt persönlich, seine Erklärung sei von dem Berichterstatter nicht richtig aufgefaßt worden; er halte Art. 112 der Verfassung aufrecht in der Bedeutung, welche sein Kommissar in der Kommission entwickelt habe.

Der Antrag auf Tagesordnung wird mit großer Majorität abgelehnt, und darauf der Kommissions-Antrag angenommen.

Ueber die bekannte Petition des Lehrers Wander zu Hermsdorf, der sich zum zehnten Male an das Abgeordnetenhaus wendet, wird dem Antrage der Kommission gemäß, ohne Debatte der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Der zweite Petitions-Bericht der Gemeinde-Kommission wird ohne weitere Debatte den Anträgen der Kommission gemäß erledigt.

Der fünfte Gegenstand der Tagesordnung ist der Petitionsbericht der Justizkommission. Zu der Petition der Rittergutsbesitzer Timme und Fader, welche die Aufhebung des sogenannten Homagial-Eides in der Provinz Westpreußen in wiederholte Anregung bringen und deren Ueberweisung zur Berücksichtigung die Kommission beantragt, nimmt das Wort der Abg. v. Blanckenburg: er könnte sich nur einem Antrage auf Revision des Homagial-Eides, nicht aber auf Aufhebung anschließen.

Referent Abg. Pflücker verweist zur Rechtfertigung des Kommissions-Antrages auf den Bericht. Derselbe wird darauf mit großer Majorität angenommen.

Der sechste und letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Petitionsbericht der Unterichts-Kommission. Zu der Petition des Vorstands der Judengemeinde zu Obornik, betreffend „die Anstellung eines jüdischen Elementarlehrers resp. die Trennung der Juden von den Evangelischen zu einem besonderen Schulverband", — (die Kommission beantragt Tages-Ordnung) — nimmt das Wort Abgeordneter Langerhans, indem er sich gegen die Motivirung der Kommission wendet, die ihren Antrag auch auf das seiner Meinung nach durch die Verfassung beseitigte Gesetz vom 23. Juli 1847 gegründet habe. Mit dem Antrage selbst sei er einverstanden, da er das Verlangen der Petenten nicht den Interessen der Juden entsprechend halte und für vollständige Unabhängigkeit der Schule von der Kirche sei.

Abg. Dr. Möller berichtet als Korreferent Namens des abwesenden Referenten den Vorwurf des Vorredners gegen die Motivirung der Kommission durch Hinweis auf Artikel 112 der Verfassung, wonach in Betreff der in Rede stehenden Verhältnisse das Gesetz vom 23. Juli 1847 noch Geltung habe.

Der Kommissions-Antrag wird hierauf ohne Widerspruch angenommen und in derselben Weise der ganze Bericht erledigt.

Damit schließt die Sitzung um 3 Uhr.

Berlin, 7. Jan. [Abgeordnetenhaus.] In der heutigen Sitzung des Anleihe-Ausschusses war der Minister des Auswärtigen ohne Vertretung und nur der Finanz- und der Minister des Krieges und der Marine anwesend. Die Ansichten divergirten, indem sechs Anträge vorliegen, von der einfachen Ablehnung bis zur Bewilligung von 5½ Millionen die auf den Staatsschatz angewiesen werden sollen. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt worden. Die nächste Sitzung findet übermorgen statt.

Rundschau.

Berlin, 7. Januar.

— Der Rentier Siegfried Normann in Berlin ist in den Adelstand erhoben worden.

— Für die Mobilmachung der badischen Armee sind 2553 Pferde nöthig, von denen 400 Stück in Ungarn, der Rest theils in Norddeutschland, theils im Inlande angekauft werden.

— Die officiöse „Leipziger Zeitung" enthält Folgendes vom Main: Wie in gut unterrichteten Kreisen in bestimmtester Weise versichert wird, darf zuversichtlich erwartet werden, daß die neue Droh-Note Lord John Russels eben so erfolglos bleiben werde, wie seine früheren vergeblich wiederholten Einschüchterungsversuche. Sie hat allgemein einen Eindruck gemacht, der als das gerade Gegentheil von dem bezeichnet werden kann, was sie bewirken sollte. Die Aeußerungen, welche in diesem Betreffe von maßgebenden Seiten kund werden, lassen uns unzweifelhaft annehmen, daß in der Bundesversammlung von den vereinigten Ausschüssen eine sehr scharfe Erwiderung auf die englische Note vorgeschlagen und allseitig genehmigt werden wird. Die Antwort wird eine ganz kategorische Zurückweisung der Einmischung des Kabinets von St. James in Fragen sein, deren Entscheidung ausschließlich zur Competenz des deutschen Bundes gehört.

Gotha, 3. Jan. Die Bildung eines schleswig-holsteinischen Heeres ist, wie der „Ztg. f. N." geschrieben wird, im besten Gange und es werden in den allernächsten Tagen die Conventionen veröffentlicht werden, welche außer mit Koburg-Gotha bereits mit zwei anderen deutschen Staaten wegen Bildung des schleswig-holsteinischen Contingents, mit dem einen dieser Staaten sogar noch früher als mit Koburg-Gotha geschlossen worden sind. An diese werden sich noch weitere Conventionen mit noch anderen Staaten anschließen.

Wien, 2. Jan. Ungeachtet die officiöse turiner Presse die Gerüchte widerlegt, denen zufolge Italien die Absicht haben soll, Oesterreich im kommenden Frühjahre anzugreifen, so traut man hier in Wien dem Weltfrieden durchaus nicht und macht sich auf Alles gefaßt. Thatsache ist es, daß die italienische Armee bedeutend verstärkt wird, so wie auch der hiesigen Communalbehörde mitgetheilt worden ist, auf bedeutende Truppenmärsche gefaßt zu sein und dafür zu sorgen, daß der Bequartierung derselben keine Hindernisse entgegenstehen. Die österreichischen Agenten in Italien und namentlich in Florenz senden sehr alarmirende Berichte nach Wien und ich habe Gelegenheit gehabt einen derselben, welcher von einem Dr. Schill unterzeichnet ist, einzusehen. In demselben heißt es, daß alle Parteien den Krieg wollen; die Legitimisten, weil sie auf die Restauration hoffen, die „Piemontisten", weil sie auf die Eroberung Roms und Venedigs hoffen und die „Radicalisten", weil sie hoffen, daß dann ihre Zeit kommen werde. Auch in der Marine werden kriegerische Vorbereitungen getroffen und finden Berathungen statt, zu denen auch der Contre-Admiral v. Wüllerstorf aus Venedig und der Hafen-Admiral Morelli von Pola berufen wurden. Auch sollen wirklich zwei Panzerfregatten bemannt werden, um nach dem Norden zu gehen. — Trotz aller officiösen Versicherungen wird die Reise des Erzherzogs Ferdinand Max nach Mexico immer zweifelhafter.

— Ein steiermärkischer Korrespondent theilt der „Presse" den nachstehenden Erlaß des Statthalters von Steiermark mit: „Bei der durch die schleswig-holsteinische Frage entstandenen Erregung der Gemüther ist zu besorgen, daß auch die bestehenden Vereine, namentlich diejenigen, bei denen ohnedies eine starke Hinneigung zu politischen, deutsch-nationalen Tendenzen vermuthet wird, wie z. B. gewisse Turn- und Gesangvereine, sich zur Ueberschreitung der Statuten durch politische Demonstrationen hinreißen lassen werden. Bei dem Umstande, als der berechtigten öffentlichen Meinung durch die gesetzlichen politischen Vertretungskörper und durch die freie Presse hinreichende Gelegenheit, zum ungeschmälerten Ausdruck zu kommen, geboten ist, die Regierung aber nicht zugeben kann, daß auf ihre Entschließungen durch zu keiner politischen Thätigkeit berufene Corporationen, welche sich ebenso einer andern Frage im regierungsfeindlichen und staatsgefährlichen Sinne bemächtigen könnten, ein Druck zu üben versucht werde, ersuche ich in Gemäßheit hohen Auftrages des Polizeiminister den Herrn k. k. Bezirksvorsteher, den bestehenden Vereinen die Abhaltung eigener Versammlungen zur Verhandlung der gedachten Frage oder auch deren Besprechung in den regelmäßigen Vereinsversammlungen nicht gestatten, auf die Verhinderung derartiger Versuche durch Einflußnahme auf die Vereinsleiter hinwirken, im Nothfalle aber, wenn derartige Ausschreitungen dennoch vorkämen, dagegen sofort mit allem Nachdruck einschreiten zu wollen. Einschlägige Vorfälle wollen der Herr k. k. Bezirksvorsteher unverweilt zur hierortigen Kenntniß bringen, und schleunigst alle Wahrnehmungen, welche man im dortigen Verwaltungsbezirke über die Haltung des Publikums in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage machen sollte, hierher mittheilen. Strassoldo m. p."

Graz, 5. December 1863.

Paris, 3. Jan. Es wird jetzt behauptet, daß auch Oesterreich sich dem Antrage Englands wegen Herbeiführung einer Specialconferenz zur Ordnung der deutsch-dänischen Angelegenheit angeschlossen habe, ohne daß dieser Schritt Oesterreichs jedoch bei der französischen Regierung irgendwie ein günstigeres Entgegenkommen gefunden hätte als der englische Vor-

schlag, der gestern noch wieder durch eine von Lord Cowley dem auswärtigen Ministerium überreichte Depesche seiner Regierung auf's Dringendste dem Kaiser an's Herz gelegt worden ist. — Zwischen Frankreich und Oesterreich findet augenblicklich ein lebhafter Depeschenwechsel über die Haltung des turiner Cabinets statt. Drouyn de Lhuys erklärte im Namen der italienischen Regierung, daß dieselbe allen Planen Garibaldi's und der Actionspartei fremd sei, und deren eventuelle Versuche vollständig desavouire. Graf Rechberg dagegen will diese Auslassung nicht gelten lassen, und die Regierung Victor Emanuel's für alles verantwortlich machen, was von Seiten Garibaldi's und der Actionspartei geschehen würden — Gegenüber der von der „Europe“ verbreitete. Nachricht, daß Frankreich gemeinschaftlich mit England eine Note wegen Schleswig-Holsteins an den deutschen Bundestag gerichtet hätte, erklärt das „Mémorial Diplomatique“, ein derartiger Schritt sei bei dem Verfahren, welches das Tuilerien-Cabinet sich vorgezeichnet, augenblicklich unmöglich; Frankreich, dessen Interesse in keiner Weise weder direct noch indirect durch jene Herzogthümer-Frage berührt werde, sei entschlossen, eine rein abwartende Haltung zu bewahren und denjenigen Regierungen, welche das Feuer entzündet, auch dessen Löschung zu überlassen; es behalte sich das freie Handeln für den Fall vor, wo die Ereignisse an der Eider den Frieden der Welt zu gefährden drohen sollten.

London, 3. Jan. Die hiesige Presse ist ganz entzückt über die Friedensworte, welche der Kaiser Napoleon an das diplomatische Corps in Paris gerichtet hat. Die „Times“ wünscht, daß die Völker von gleicher Friedensliebe wie der Kaiser des mächtigen Frankreichs beseelt sein möchten. Wie früher die Herrscher die bewegenden Elemente der Geschichte waren, so seien es jetzt die Völker und den Herrschern liege die Pflicht ob, die Leidenschaften der Völker zu mäßigen und zu leiten. Die deutschen Großmächte seien ganz besonders berufen diese Pflicht in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage auszuüben, wenn der europäische Friede erhalten bleiben solle. Die Rede des Kaisers Napoleon, zu diesem Schlusse gelangt die „Times“, läßt den einzigen Hoffnungsstrahl inmitten der Tollheiten der Nationalitäten und der Unbesonnenheiten der Theoretiker erblicken. Mögen seine Handlungen seinen Worten entsprechen! — „Daily News“ sagt: Der Kaiser der Franzosen ist nur in so fern der Schiedsrichter über Krieg und Frieden in Europa, als er aus einem localen Kriege einen allgemeinen machen kann; aber Napoleon III. ist nicht verantwortlich für die Kriege, welche der Ehrgeiz Norddeutschlands oder die Ungeduld Italiens hervorrufen könnte. — Die ministerielle „Morning Post“ sagt im Gegensatz zu der Behauptung des „Herald“, daß England Dänemark materielle Hülfe versprochen, die Regierung habe sich wohl gehütet, nach irgend einer Seite hin bindende Zusagen zu machen. Der „Economist“ ist zu der Erkenntniß gelangt, daß Dänemark doch nicht so vollständig im Rechte sei wie man früher angenommen habe, und meint, England würde sich in großer Verlegenheit befinden, wenn es zu einem Kriege zwischen Deutschland und Dänemark kommen sollte. Das englische Volk würde nur ungern gegen Deutschland auftreten, denn das hieße, dem Kaiser Napoleon den Zugang zum Rhein erleichtern; anders ließe sich nicht leugnen, daß England gewisse Verpflichtungen für Dänemark durch das Londoner Protocoll übernommen habe. Es dürfe mithin abseiten der Regierung nichts verabsäumt werden, um den Frieden zu erhalten.

Warschau, 3. Jan. Gestern früh ist ein Transport von 250 Bewohnern der Citadelle mit der petersburger Eisenbahn nach Rußland abgegangen. Es waren, der „Nat. Ztg.“ zufolge in dem Transport alle Stände vertreten; auch ein paar Damen sollten mitgehen, sind aber noch zurückgeblieben. Der junge Graf Stanislaw Zamoiski war mit dabei. — In der Nacht vom 1. zum 2. ist auf der Bendnarska-Straße eine geheime, vollständige Druckerei gefunden worden. Personen, die dabei beschäftigt gewesen waren, hat man nicht angetroffen und sind an deren Stelle der Hauseigenthümer und seine Familie verhaftet worden. An einer andern Stelle hat man viele revolutionäre Papiere in einem Zimmer gefunden, dessen Bewohner aber der Verhaftung sich entzogen hat. Man zweifelt nicht, daß zu beiden Entdeckungen Denunciationen geführt haben, und glaubt, daß die Denunciationen so gewissenhaft waren, die betheiligten Personen vor dem Erscheinen der Polizei zu warnen.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 8. Januar.

— Ein hiesiger Kaufmann soll für die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit 1000 Thlr. gezeichnet haben.

— Die Mitglieder des Gewerbe-Vereins hielten gestern eine General-Versammlung, in welcher 25 Gewerbehaus-Actien ausgeloost wurden.

— Morgen wird der Handwerker-Verein sein Stiftungsfest feiern. In Folge dieser Feier fällt die Sitzung am nächsten Montag aus. Die zweite Sitzung desselben in diesem Jahre wird demnach erst am 18. d. M. stattfinden.

— Herr Director Kressig aus Elbing, der sich durch sein Werk über Shakespeare einen bedeutenden literarischen Ruf erworben hat, wird morgen Abend seine Vorlesungen über die neuste Geschichte Italiens im großen Saale des Gewerbehauses beginnen. Der geistige Genuß, welchen diese Vorlesungen versprechen, werden ihnen zweifelsohne eine lebhafte Theilnahme unseres gebildeten Publikums zuwenden.

— Wie wir hören, ist die Linie der Dirschau-Belgarder Bahn über Pr. Stargardt festgesetzt worden.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Strafbarer Eigennutz und Beamtenbeleidigung.] Der Commissionair und Schöppe Patzer zu Mönchen-Grebin weigerte sich, eine ausgeklagte Geldforderung zu bezahlen. Die Folge davon war, daß gegen ihn Mobiliar-Execution verfügt wurde. Während er eines Tages nicht zu Hause war, kam der Executor in seine Wohnung, um die strenge Pflicht seines Amtes zu erfüllen. Derselbe legte an verschiedene Möbel das Amtssiegel; auch bezeichnete er eine junge Kuh und einen Hahn nebst zehn Hühnern als mit Beschlag belegte und dem Auctionshammer behufs der Deckung der Schuld ihres Herrn verfallene Gegenstände. Kuh, Hahn und Hühner entgingen jedoch dadurch dem Auctionshammer, daß sie ihr Herr für sich schlachten ließ. Einige Zeit darauf wiederholte sich im Hause des Herrn Patzer die Executionsscene, zugleich verbrauchte er auch wieder einige mit dem Amtssiegel belegte Gegenstände in seinem Nutzen, so daß sie zum Vortheil des Gläubigers nicht veräuctionirt werden konnten. Nun wurde er angeklagt, sich in zwei Fällen des strafbaren Eigennutzes schuldig gemacht zu haben. Dazu kam, daß er in einem Streit mit dem Ortsschulzen Haselau diesem eine unanständige Redensart unter die Nase rieb, wodurch er denselben an seiner Amtsehre beleidigt. — So fand Herr Patzer, ein sonst sehr bedächtiger Mann, der in seinem Leben nur einmal und zwar wegen Jagd-Contravention vor Jahren eine Strafe erlitten, seinen Platz auf der Anklagebank, um zu erfahren, daß die Rechtsbegriffe, welche er sich nach seinem subjectiven Ermessen zurecht gelegt, mit dem Strafgesetzbuche nicht in Einklang stehen. Er gestand ein, Kenntniß davon gehabt zu haben, daß Kuh, Hahn und Hühner und einige andere Gegenstände, welche er in seinem Nutzen verwandt, vom Executor mit Beschlag belegt gewesen. Doch er habe, sagte er, dabei nur im Einverständniß mit dem Gläubiger und auf Grund der ausdrücklichen Erlaubniß desselben gehandelt. — Der Herr Vorsitzende bemerkte dem Angeklagten hierauf, daß ihm nur in dem Falle die freie Verfügung über die in Rede stehenden Gegenstände zugestanden haben würde, wenn von Seiten des Gerichts der Beschlag aufgehoben worden, und daß seine eigene Angabe schon hinreichend sei, um ihn des strafbaren Eigennutzes für schuldig zu erachten. Indessen bekundete denn auch der als Zeuge vernommene Gläubiger, daß er dem Angeklagten nicht die Erlaubniß, welche derselbe von ihm empfangen zu haben behauptet, gegeben. Daß unter diesen Umständen der Angeklagte wegen des ihm zur Last gelegten strafbaren Eigennutzes zu verurtheilen war, konnte keinem Zweifel unterliegen; auch in Betreff der Beamtenbeleidigung konnte er nicht, wie er es zuversichtlich hoffte, frei gesprochen werden. Es hat nämlich mit derselben folgende Bewandtniß: in einer Gemeinde-Versammlung wollte der Schöppe Patzer dem Schulzen Haselau Vorschriften darüber machen, wie er sich den Mitgliedern der Gemeinde gegenüber zu verhalten. Das nahm der Schulze übel auf und warf dem Schöppen eine unanständige Redensart an den Hals. Der Schöppe erklärte hierauf, er habe eben so wie der Schulze seinen Amts-Eid geleistet und sei gleichfalls ein Beamter; er wolle die unanständige Redensart nicht auf sich sitzen lassen; er müsse sie dem Schulzen zurückgeben. In der That richtete er denn auch gegen diesen dieselben unanständigen Worte, mit denen ihn derselbe beleidigt hatte, und zwar that er dies in der Voraussetzung, daß die bloße Zurückgabe einer Beleidigung nicht strafbar sei. Dem ist aber nicht so. Die gegen einen Beamten ausgesprochene Beleidigung bleibt eine solche auch in dem Falle, wenn sie derselbe durch sein Betragen hervorgerufen hat und sie eigentlich nur ein Echo seiner eigenen Worte ist. Dem Angeklagten wurde für den strafbaren Eigennutz und die Beamten-Beleidigung im Ganzen eine Gefängnißstrafe von 10 Tagen zuerkannt. Zweifellos ist es, daß nun aber auch gegen den Schulzen Haselau für die beleidigenden Worte, welche er gegen den Schöppen geäußert und die er zurückempfangen, die Anklage wegen Beamten-Beleidigung erhoben werden wird.

Das Dannewirk.

Rendsburg, 3. Januar.

Ich kehre eben von einem Ausfluge nach Schleswig zurück, wo der König von Dänemark mit dem Kronprinzen gestern eingetroffen ist. Gegen meine Erwartung machte man mir weder auf der Grenze noch später in der Stadt Schleswig die geringste Schwierigkeit. Da ich nicht im Besitz eines Passes war, hatte ich, zur Vermeidung aller Weitläufigkeiten und um möglichst viel zu sehen, mich einem Engländer als Diener angeschlossen. Wir nahmen in Rendsburg Extrapost und fuhren auf der gewöhnlichen Landstraße nach der Stadt Schleswig. Einmal jenseits der Grenze, wo man uns weder nach Pässen noch steuerbaren Gütern fragte, ja nicht einmal anhielt, schien es überflüssig, die unbequeme Maske beizubehalten und den ehrlichen Namen Sam Bligh seinem rechtmäßigen Besitzer weiter zu entlehnen. Ich sah nur wenig dänische Soldaten auf der Straße, hin und wieder sprengte ein Ordonnanz-Dragoner vorbei, und vor den Thüren der Pferde-Ställe bemerkte man Schmiede, die mit dem Schärfen von Hufen beschäftigt waren. Der Frost hat die Dänen so überrascht, daß die Mehrzahl ihrer Artilleriepferde und die ganze Cavallerie augenblicklich schlecht beschlagen ist und nur mit Gefahr und Mühe sich rühren kann. Der Frost ist allerdings ein böser Feind für die Dänen. Die Schlei ist schon mit Eis und Schlittschuhläufern bedeckt, und wenn der Krieg morgen ausbricht, so ist das ganze Dannewirk umsonst erbaut und befestigt. Die deutschen Truppen überschreiten dann die Schlei, und in der Flanke bedroht, bliebe den Dänen nichts übrig, als ein schleuniger Rückzug, mit Hinterlassung aller schweren Geschütze. Man begreift man daher, weshalb die Schleswiger Bürger vergnügte Gesichter machten und heimliche Gesundheit auf den König Frost ausbringen, den Schutzpatron, von welchem sie die Sicherheit und die Freiheit ihrer Stadt am ehesten zu erwarten haben. Es war Abend geworden, als wir in die Stadt einfuhren. Die Straßen waren gedrängt voll von dänischen Soldaten; man sagte uns, jedes Haus hätte bis zu 20 Mann in Quartier. Es stiegen im Ganzen 10,000 Mann in der Stadt. Die Gasthöfe waren natürlich von den Officieren in Beschlag genommen und schon glaubten wir uns in der nach einer kühlen Fahrt wenig angenehmen Lage, auf Betten verzichten zu müssen, als sich die gefälligen Töchter eines braven Wirths erboten, zu unsern Gunsten auf ihre Kammer zu verzichten. Die dänischen Officiere in der Gaststube sahen uns Anfangs scheel an; allein da sie uns englisch reden hörten, wurden sie bald rücksichtsvoller. Von der hochfahrenden Verachtung, mit welcher sie die armen Deutschen in Schleswig behandeln, sah ich ein Pröbchen. Der Kellner brachte einem dieser Herren, der eben bezahlt hatte, beim Herausgeben zwei preußische Thaler. Höhnisch schob sie der Däne zurück. „Das Schandgeld nehme ich nicht!“ setzte er hinzu. Was hätte ich nicht darum gegeben, wenn ein preußischer Officier zugegen gewesen wäre!

Am nächsten Morgen weckte uns Trommelwirbel. Unserm Hotel gegenüber sammelte sich ein Bataillon, wurde gemustert und zog mit klingendem Spiele ab. Bald folgten andere Bataillone, dann Artillerie, ein Dragoner-Regiment, zuletzt zwei reitende Batterien Artillerie. Die ganze Besatzung war offenbar in Bewegung aber wohin? Vielleicht marschirten sie nach dem Dannewirk, vielleicht gab es eine große Revue, vielleicht bekamen wir bei der Gelegenheit die ganze berühmte Schlachtlinie zu sehen. By Jove, sagte der Engländer, sie gehen nach dem Dannewirk. Lassen Sie uns folgen!

Also marschirten wir hinter der Artillerie her, beim Schlosse vorbei, zur Rechten abgebogen, querfeldein, dann wieder auf Feldwegen, über Hügel und wieder bergab — die Umgebung Schleswigs ist sehr hügelig und bildet mit Wald und Stadt und Schloß und der blanken eisbedeckten Schlei eine so schöne

Winterlandschaft wie man nur sehen kann — bis wir endlich die letzten Anhöhen hinaufkamen, auf deren Kamm sich das berühmte Dannewirk befindet. Von der Höhe übersieht man die Ebene nach Süden bis zur Eider. Die Werke bestehen, so viel wir ohne gar zu verdächtige Neugierde gewahr werden konnten, aus etwa 15 Batterien, von denen zwei, welche die Straße und die Eisenbahn beherrschen, mit 84-Pfündern armirt sind; außerdem zählten wir 5 geschlossene Schanzen mit 12-Pfündern besetzt; der Bewaffnung besteht aus 8- und 6-Pfündern, und nur theilweise aus gezogenem Geschütz. Die neuesten Werke waren theilweise verpallisadirt. Offenbar hatte der Frost die Arbeiten unterbrochen und einige angedeutete Werke werden bei Fortdauer desselben schwerlich zur Ausführung kommen. Die Gräben der geschlossenen Werke waren nur erst nach dem Glacis zu mit Pallisaden versehen, die aber so horizontal gestellt sind, daß sie kein ernstliches Hinderniß für den Angreifer bieten. Die Weitläufigkeiten der ganzen Stellung ist bekannt und ebenso die Unmöglichkeit für die Dänen mehr als 25,000 zuverlässige Truppen in Action zu bringen. Ich habe die verschiedensten und glaubwürdigsten Versicherungen erhalten, daß die Schleswiger sich gar nicht, die Jüten ungern, und nur die Inseldänen sich tapfer schlagen würden. Alle zweifelhaften Truppen sind nach Flensburg in die Reserve geschickt worden, unter anderen das 10. Bataillon, das sich positiv geweigert hatte zu „schanzen." Auch in den rein dänischen Regimentern soll Unzufriedenheit herrschen, besonders wegen der schlechten Verpflegung und Nahrung, die so ungenügend wäre — erzählte mir ein Bürger — daß er und seine Frau den bei ihm Einquartierten aus Mitleid zu essen gäben. Das wird sich freilich wohl ändern, da vom 1. Januar an die Naturalverpflegung hat eintreten sollen, und vom Ausbruch des Krieges an werden die Schleswiger schonungslos ausgebeutet werden.

Während wir die lange Reihe der Verschanzungen entlang gingen, zum Theil auf der Banquette, um den Blick auf die südliche Ebene zu behalten, zum Theil auf dem bedeckten Weg — ohne die geringste Störung von Seiten irgend eines Postens — waren die zur Revüe bestimmten Truppen allmählich in Stellung gelangt, und nun sah man erst deutlich, wie wenig die dänische Armee zur Ausfüllung derselben genügt. Die 10,000 Mann verloren sich vollkommen. Rechnen die Dänen noch auf schwedische, englische, oder französische Hülfstruppen? Daß sie darauf gerechnet haben, ist unzweifelhaft, sonst wäre die ganze Anlage verfehlt. Um so mehr sollten sich die Deutschen mit der Kriegserklärung beeilen, um die einzige in Schleswig mögliche Position über den Haufen zu rennen, ehe dieselbe durch fremde Hülfe in dänischen Händen ihr jetzt noch unverdientes Renommee verdient.

Um 12 Uhr gewahrten wir, wie auf der rechten Flanke zwischen der 13. und 15. Schanze die Cavallerie Aufstellung nahm. Wir zählten 6 Regimenter, konnten jedoch bei der Entfernung ihre Stärke nicht abschätzen. Wir sahen einen zahlreichen Stab vor der Fronte des ersten Regimentes halten, nach kurzer Frist durch die Reihen reiten, und dann auf die uns näherliegende Schanze 12 zureiten. — Nun faßten wir an der Straße Posten und warteten die Ankunft der heransprengenden Reiterschaar ab. Im Nu war sie vorbei, und doch hatten wir das Wichtigste gesehen. Der König Christian voran, bequem und sicher auf dem Pferde sitzend, eine gewöhnliche Officiermütze auf dem Kopfe, in dunkelblauem engen Mantel, von auffallend jugendlichem Aussehen, ein Lieutenantsgesicht mit kleinem Schnurr- u. Backen-Bart von dunkler Farbe. Links neben ihm ritt der dänische Obergeneral de Meza, ein bejahrter, etwas dicker Mann mit einer mosaischen Nase, aber sehr klugen Augen; rechts folgte der Kronprinz, ein blutjunger, nett aussehender Mensch von guter Haltung. Der Stab des Gefolges bestand aus etwa 16 Officieren aller Waffengattungen. Bei der Schanze 12 angekommen stieg der König ab, ging hinein, und bald hörte man das Hurrah der inneren Besatzung. Gleich darauf war alles wieder zu Pferde und sprengte nach einem von Hecken umschlossenen Felde zu, wo 2 Regimenter Infanterie mit 2 Batterien aufgestellt waren. Wir hatten Mühe zeitig genug heranzukommen, um noch die letzten Worte einer kurzen Anrede des Königs zu hören. Die Truppen riefen dreimal Hurrah, der König reichte den Regiments-Commandeuren die Hand, und setzte sogleich seinen Ritt fort. — Wir hatten nun genug gesehen, und eilten der Stadt wieder zu. Zufrieden mit unserem Ausfluge und nicht ohne eine kleine Besorgniß, daß man uns das Genossene hinterher noch verleiden möchte, nahmen wir eiligst unsere Mahlzeit ein, und trafen Abends wohlbehalten wieder in Rendsburg ein.

Literarisches.

Seit vier Jahren erscheint in Plauen bei F. H. Hänsel eine Zeitschrift für das Geldwesen, betitelt: **Notizblatt über Papiergeld und Münzen.** Dasselbe erscheint regelmäßig alle 2 Monate, kostet jährlich nur 5 Sgr. und ist durch jede Postanstalt oder Buchhandlung zu beziehen. Das Blatt enthält 7 Abtheilungen: 1) Coursirendes giltiges Papiergeld; 2) Außer Cours gesetztes Papiergeld; 3) Papiergeld, in nächster Zeit werthlos; 4) Falsches Papiergeld, Zinscoupons und Metallgeld und dessen Kennzeichen; 5) Dividenden; 6) Allgemeine Notizen; 7) Werthangaben über Handels- und Rechnungs-Münzen aus allen Ländern; nach preußischem, rheinischem, österr. und franz. Münzfuße berechnet. Dieses Blatt ist höchst wichtig für den Geschäftverkehr und sollte wenigstens auf keinem Großhandlungs-Comtoire fehlen.

Handel und Gewerbe.

Danzig, 8. Jan. Das neue Jahr brachte uns starken Frost, seit einigen Tagen ist es wieder milde. — Von England lauten die Berichte für Weizen fester, was jedoch auf unseren Markt keinen wesentlich günstigeren Einfluß ausüben konnte, da durch das harte Frostwetter die Wasser-Verbindung bis Fahrwasser vollständig unterbrochen wurde und man wieder bei Verladungen zu dem vertheuernden Communicationsmittel „pr. Axe" nach dem Hafen seine Zuflucht nehmen mußte. Die Ausstellungen von Weizen an unserer Börse waren im Allgemeinen schwach, Vieles, was pr. Eisenbahn ankam, ging bessere Preise erwartend zu Boden, und belief sich der Umsatz seit unserem letzten Bericht vom 24. v. M. auf ca. 800 Last zu ca. fl. 10 pr. Last besseren Preisen. Man erreichte wieder für: feinen hochbunten glasigen Weizen 132—135pfd. fl. 425—440, hochbunt 132—134pfd. fl. 420 bis 430, hellbunt 128—132pfd. fl. 375—415, bunt 124 bis 130pfd. fl. 330—390 pr. 5100pfd. Bei regerem Begehr und schwacher Zufuhr von Roggen konnte man 1 Sgr. pr. Schffl. höhere Preise bedingen. 122pfd. brachte fl. 225, 125pfd. fl. 228, 128pfd. fl. 234 pr. 4910pfd. Auf Lieferung pr. Frühjahr ist kein Geschäft bekannt geworden, auf Lieferung 4 Wochen nach Eröffnung der Schifffahrt wurde fl. 250 pr. 4910pfd. bezahlt. Der Loco-Umsatz betrug ca. 200 Last. Gerste ohne Veränderung. Für weiße Erbsen war etwas bessere Frage, doch ist die Zufuhr hiervon klein und lassen sich schwer größere Pöstchen ansammeln; der Preis ist indeß unverändert geblieben. Spiritus mit 12⅞ Thlr. pr. 8000% Tr. bezahlt.

Getreide-Bestände am 1. Januar.
14,040 Last Weizen, 2060 L. Roggen, 350 L. Gerste, 100 L. Hafer, 460 L. Erbsen, 240 L. Leinsaat, 1220 L. Rübsen und Rapps, 20 Last Wicken.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 8. Januar:
Hamstow, Dampff. Delta, v. Pillau, m. Ballast.
Gesegelt: 1 Schiff m. Getreide, 1 Schiff m. Ballast und 1 Schiff m. Holz.
Nichts in Sicht. Wind: SSW.

Meteorologische Beobachtungen.

7	3	342,57	+ 0,3	SW. schwach, bez. u. Nebel.
8	9	341,49	— 0,9	SSW. mäßig, do.
	12	341,29	— 0,9	SW. do. do.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 8. Januar.

Weizen, 80 Last, 133pfd. fl. 435; 132pfd. fl. 420; 131pfd. fl. 415; 130.31pfd. fl. 405; 129.30pfd. rothfl. 385; 130pfd. fl. 390; 127.28pfd. fl. 384, Alles pr. 85pfd.
Roggen, 124.25, 125.26pfd. fl. 228; 129pfd. fl. 234 pr. 81⅞ resp. 125pfd.
Gerste, 119pfd. fl. 213.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.